

## A N T R A G

der Abgeordneten Kocevar, Weninger, Pfister, Prischl, Mag. Samwald, Mag.<sup>a</sup> Scheele, Schindele, Schmidt, Schnabl, Dr. Spenger, Mag.<sup>a</sup> Suchan-Mayr und Zonschits

**betreffend:**

**Zukunftsfonds ausbezahlen & Gemeindepaket umsetzen – finanziellen Kollaps der Kommunen verhindern!**

Im vergangenen Jahr wurde der Finanzausgleich 2024 bis 2028 verhandelt und letztendlich beschlossen. Jedoch sind seitdem unvorhergesehene Faktoren aufgetreten, die das tägliche Leben in den Kommunen erheblich erschweren, wodurch sich eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit befindet. Aktuell stehen 30 bis 40 Prozent der österreichischen Gemeinden vor der Gefahr zu Abgangsgemeinden zu werden, was bedeutet, dass sie den laufenden Betrieb finanziell nicht mehr aufrechterhalten können.

Die Gründe für diese prekäre Lage sind offensichtlich: Die allgemeine wirtschaftliche Stagnation führt zu einem Mangel an Ertrags- und Kommunalsteuereinnahmen, während die Personalkosten seit Jahresbeginn um rund zehn Prozent gestiegen sind. Hinzu kommen erhebliche Steigerungen bei Ausgaben für Gesundheit, Soziales und Pflege und darüber hinaus fehlen Einnahmen aufgrund der nicht erfolgten Valorisierung der Grundsteuer. Die finanzielle Situation ist daher derzeit das größte Problem, dem die Gemeinden gegenübersehen, wie kürzlich auch der Gemeindebundpräsident in den Medien betonte.<sup>1</sup>

Diese Herausforderung hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Gemeinden und seine Leistungen für die Bürger\*innen, sondern auch auf die regionale Wirtschaft. Denn die Gemeinden sind einer der größten öffentlichen Auftraggeber und somit verlässlicher Partner der vielen Klein- und Mittelbetriebe. Wenn die Kommunen ihre Aufträge und Investitionen dahingehend reduzieren müssen, so wird die regionale Wirtschaft geschwächt und infolgedessen werden Arbeitsplätze gefährdet. Demnach braucht es auch eine starke regionale Wirtschaft, um den Wohlstand in den Gemeinden nachhaltig zu sichern.

---

<sup>1</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240326\\_OTS0027/gemeindebund-praesident-pressl-erneuert-forderung-nach-gemeindemilliarde](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240326_OTS0027/gemeindebund-praesident-pressl-erneuert-forderung-nach-gemeindemilliarde)

Weiters ist festzuhalten, dass im Zuge des Finanzausgleichs 1,1 Milliarden EUR in einem Zukunftsfonds für kommunale Projekte zur Verfügung gestellt wurden. Das bedeutet für Niederösterreich rund 208 Mio. EUR, was wiederum 121 EUR pro Einwohner\*in ergeben würde. Statt diesen Beitrag in vollem Umfang an die Gemeinden auszubezahlen, werden lediglich 37 Prozent bzw. 77 Mio. EUR des Zukunftsfonds tatsächlich ausgeschüttet, obwohl die Herausforderungen für die Kommunen nicht kleiner werden und Investitionen in die Zukunft notwendig sind. Es ist daher sicherzustellen, dass die gesamten Mittel aus dem Zukunftsfonds an die Gemeinden für kommunale Projekte ausbezahlt und nicht für sonstige Auszahlungen oder Fördermaßnahmen des Landes aufgewendet werden.

In Summe führt diese Gesamtsituation weiters dazu, dass neben der steigenden Anzahl an Abgangsgemeinden die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsgesetz 2023 nicht abgerufen werden können, da oft die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 50 Prozent der Investitionskosten fehlen. Außerdem ist die Einreichung gemäß dem aktuellen Kommunalinvestitionspaket nur noch bis 31. Dezember 2024 möglich.<sup>2</sup>

Trotz des gültigen Finanzausgleichs 2024 bis 2028 ist es somit erforderlich, die Gemeinden zusätzlich mit einer Gemeindemilliarde für die Jahre 2024 und 2025 auszustatten, um ihre gesamtstaatliche Rolle weiterhin erfüllen zu können und die Leistungen für die Bürger\*innen in den Gemeinden aufrechtzuerhalten. Diese Notwendigkeit unterstrich der Österreichische Gemeindebund, indem der Bundesvorstand eine entsprechende Resolution einstimmig beschloss.

Darüber hinaus würde ebendiese Soforthilfe das Abrufen des kommunalen Investitionsprogrammes und somit zusätzliche Investitionen ermöglichen, wobei es erforderlich wäre, das bereits Ende 2024 auslaufende Investitionsprogramm um mindestens zwei Jahre zu verlängern, sodass ein nachhaltiger Wirkungseffekt erzielt werden kann.

Angesichts der gegebenen Dringlichkeit die Gemeinden zu unterstützen und den bevorstehenden finanziellen Kollaps zu verhindern, stellen die Gefertigten daher den

---

<sup>2</sup> <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/kommunales-investitionsprogramm.html>

## **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um sicherzustellen, dass die gesamten für Niederösterreich vorgesehenen Mittel aus dem Zukunftsfonds (rund 208 Mio. EUR) an die niederösterreichischen Gemeinden für kommunale Zukunftsprojekte ausgeschüttet werden,
2. ehestmöglich an die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Finanzen heranzutreten und diesen aufzufordern
  - a. unmittelbar mit dem Österreichischen Gemeindebund in Verhandlungen zu treten und ein Gemeindepaket in Höhe von 1 Milliarde EUR als Soforthilfe für die Gemeinden für die Jahre 2024 und 2025 zu erarbeiten und dem österreichischen Parlament zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - b. das kommunale Investitionsgesetz für zwei Jahre zu verlängern, sodass Zweckzuschüsse seitens der Gemeinden bis 31.12.2026 bei der Abwicklungsstelle, der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG), beantragt werden können.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Kommunal-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.